

# Linkspartei: Suche nach religionspolitischem Kurs

Für die Linke stand früher fest, dass Religion Privatsache ist. Doch das ist längst nicht mehr Konsens. In sozialen Fragen gibt es viele Überschneidungen mit den Kirchen. VON THOMAS BROSE

Die Frage nach dem richtigen Umgang mit Religion gewinnt in der deutschen Politik weiter an Fahrt. Ende Januar lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Berlin zu ihrem „Ersten religionspolitischen Kolloquium“ ein. Dabei ging es unter dem Titel „Religion nur Privatsache. Menschenrechte und Religionsfreiheit in der linken Debatte“ um die Frage, inwieweit die aus der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung stammende Antwort – Religion ist bloße Privatsache; sie hat im öffentlichen Raum nichts verloren! – angesichts einschneidender gesellschaftspolitischer Veränderungen noch tragfähig erscheint. Mittlerweile herrscht bei den Linken Konsens darüber, dass auch eine sozialistische Partei religionspolitisch Farbe bekennen muss. Aber die im Prozess der eigenen Selbstvergewisserung formulierten Antworten fallen höchst kontrovers aus. Denn bei der Gretchenfrage „Nun sag, wie hast Du's mit der Religion?“ geht es für die Partei um den „Markenkern“.

Bereits 2016 gab es auf Landesparteitagen in Nordrhein-Westfalen und Sachsen dazu bemerkenswerte Vorstöße. Beide zielten darauf ab, die verfassungsrechtliche Basis im Verhältnis von Staat und Religion grundlegend zu verändern: in Richtung einer strikten „laizistischen Trennung“ von Gemeinwesen und Glaube. „Wir wollen vielmehr“ – hieß es dazu im Parteitagbeschluss der sächsischen Linken –, „dass der Staat und seine Strukturen eine eindeutige bewusste Distanz zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wahren und somit nicht nur eine weitgehende Religionsfreiheit,

sondern auch eine umfassende ‚Freiheit der Religionslosigkeit‘ garantieren. Dies ist in einer Gesellschaft, in der die Konfessionslosen inzwischen die ‚größte Konfession‘ [sic!] bilden und die Glaubenslandschaft auch durch Zuwanderung immer pluraler wird, unabdingbar. Die konsequente Laizisierung ist dabei für uns auch ein wichtiges Mittel für den Abbau von Diskriminierung und für eine notwendige Offenheit gegenüber Migrantinnen und Migranten. Die laizistische Verfasstheit unseres Staates würde den weltanschaulichen (religiösen und nichtreligiösen) Pluralismus am ehesten garantieren.“ ([www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)).

## Debatte ohne Scheuklappen

Was aber bedeutet in diesem Kontext Laizismus? Wie strikt sind „Staat und Kirche“ überhaupt zu trennen, wenn es darum geht, religiöse, ethische und weltanschauliche Gleichheit vor dem Gesetz zu gewährleisten? Und setzt die Favorisierung einer „Freiheit der Religionslosigkeit“ nicht wiederum eine Art areligiösen Konfessionsstaat voraus – etwa so, wie er in der DDR, die fest vom „Absterben der Religion“ ausging, einst existierte? Angesichts der Initiativen der Landesparteien in Nordrhein-Westfalen und Sachsen brachte die religionspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, *Christine Buchholz* – unterstützt von *Oskar Lafontaine*, *Petra Pau* und *Bodo Ramelow* – auf dem Magdeburger Bundestag 2016 einen Gegenantrag ein – und zwar mit Erfolg! Danach sei in der Linken eine „religionspolitische Kommission“ zu bilden, um das Verhältnis der Partei zu den Religionsgemeinschaften nachhaltig zu klären. In dem

schließlich angenommenen Antrag heißt es: „Kirchen und Religionsgemeinschaften sind ein zivilgesellschaftlicher Faktor in der Gesellschaft und reduzieren sich in ihrem gesellschaftlichen Engagement nicht auf sinnstiftende Lebensfragen des Glaubens.“

Im Gegenteil, die Kirchen selbst sehen sich zunehmend nicht mehr nur als Legitimationskraft für Staat, Regierung, Politiker, sondern als Einspruchsmacht, wenn die Würde des Menschen aus ihrer Sicht in Gefahr ist. Sie gehören auch und gerade in der Flüchtlingsfrage zu den engagierten zivilgesellschaftlichen Kräften, in deren ehrenamtlicher Arbeit Gläubige und Nichtgläubige zusammenarbeiten. Allein 2015 wurden über 100 Millionen Euro zusätzlich aus Eigenmitteln der Kirchen zur Versorgung von Flüchtlingen aufgebracht [...] Auch haben die Kirchen immer wieder Position bezogen gegen die Rechtsentwicklung der Gesellschaft. So hat das Zentralkomitee der Katholiken die AfD vom Katholikentag in Leipzig ausgeladen.“ ([www.barbaracardenas.de/.../Religionspolitik\\_Antrag\\_an\\_den\\_Bundestag](http://www.barbaracardenas.de/.../Religionspolitik_Antrag_an_den_Bundestag)).

Angesichts der Suchbewegungen innerhalb der Linken meinte *Cornelia Hildebrandt*, Referentin für Parteien und soziale Bewegungen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zeige sich die Notwendigkeit, über die Präsenz des Religiösen in der Öffentlichkeit nochmals neu nachzudenken. Dazu suche man bei dem anberaumten Religionspolitischen Kolloquium insbesondere das Gespräch mit Christen, Muslimen, Humanisten, Politikern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Tatsächlich war im bis



**Kunst im Nationalsozialismus –  
der Fall Gurlitt**  
03.-04.03.2018

**Katholische Akademie Schwerte**  
Bergerhofweg 24, 58239 Schwerte  
Tel.: 02304 / 47 70  
www.akademie-schwerte.de

**Die 21.  
Eine Reise ins Land der koptischen  
Martyrer**  
06.03.2018

**Katholische Akademie in Berlin e.V.**  
Hannoversche Str. 5, 10115 Berlin  
Tel.: 030 / 28 30 95-0  
www.katholische-akademie-berlin.de

**Paris im Bild**  
Akademieabend mit Ausstellungseröffnung  
08.03.2018

**Bonifatiushaus Fulda**  
Neuenberger Str. 3-5, 36041 Fulda  
Tel.: 0661 / 8 39 81 17  
www.bonifatiushaus.de

**Braucht der organisierte Islam in  
Deutschland einen neuen Rechtsstatus?**  
12.03.2018

**Katholische Akademie "Die Wolfsburg"**  
Falkenweg 6, 45478 Mülheim / Ruhr  
Tel.: 0208 / 9 99 19-200  
www.die-wolfsburg.de

**Trauer zwischen Denken und Fühlen**  
Beitrag der Psychologie  
zur Trauerverarbeitung  
16.-17.03.2018

**Akademie Franz Hitze Haus**  
Kardinal-v.-Galen-Ring 50, 48189 Münster  
Tel.: 0251 / 98 18 420  
www.franz-hitze-haus.de

**Christlich motiviert?**  
Kontroverse Deutungen zum Widerstand  
der „Weißen Rose“  
21.03.2018

**Katholische Akademie in Bayern**  
Mandlstraße 23, 80802 München  
Tel.: 089 / 38 10 20  
www.kath-akademie-bayern.de

**Jüdisches und christliches Beten**  
23.03.2018

**Katholische Akademie Hamburg**  
Herrengaben 4, 20459 Hamburg  
Tel.: 040 / 36 95 2-118  
www.kahh.de

**Gescheitert! Mit Gott!**  
Karfreitagsakademie  
30.03.2018

**St. Jakobushaus**  
Reußstr. 4, 38640 Goslar  
Tel. 0 53 21 / 34 26-0  
www.jakobushaus.de

**Die Menschwerdung Gottes –  
Ergebnis der Evolution?**  
Aktuelle Problemstellungen  
der Christologie - Fachtagung  
07.-08.04.2018

**Thomas-Morus-Akademie Bensberg**  
Overather Str. 51-53,  
51429 Bergisch Gladbach  
Tel.: 02204 / 40 84-72  
www.tma-bensberg.de

**Der direkte Weg zu Ihrer Akademie:**

Katholische Akademien in Deutschland  
[www.akademien.katholisch.de](http://www.akademien.katholisch.de)

auf den letzten Platz gefüllten „Salon“ der Luxemburg-Stiftung das Bemühen deutlich spürbar, die Debatte über Religion und Politik breit und ohne Scheuklappen zu führen. Dabei machte etwa der Verfassungsrechtler *Hans Markus Heimann* darauf aufmerksam, dass sich in Deutschland als „Reformationsfolgenrecht“ nie ein laizistisches Trennungssystem durchsetzen konnte. Der Wettbewerb der Konfessionen führte dazu, dass das öffentliche Leben über Jahrhunderte hinweg in Tuchfühlung mit christlichen Wertvorstellungen blieb – spürbar noch beim Reformationsjubiläum 2017.

Dass die Kirchen heute längst nicht mehr für „die Religion“ stehen könnten, hob dagegen die Islamwissenschaftlerin *Riem Spielhaus* hervor. Sie wies darauf hin, dass die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ erst einmal Eingang in den Alltag der Menschen finden müsse, „wenn es etwa darum geht, dass immer mehr Erdbestattungen im islamischen Ritus vorgenommen werden“. Daher sei es politisch der falsche Ansatz, für die Abschaffung von Religionsunterricht, Militär- und Gefängnisseelsorge sowie für ein Ende universitärer Theologie zu plädieren – „vielmehr ist es an der Zeit, dies alles auch für Muslime zu öffnen und über islamische Feiertage nachzudenken“.

*Michael Brie*, einem der ostdeutschen Vordenker der Rosa-Luxemburg-Stiftung, blieb es vorbehalten, auf das Spannungsverhältnis zwischen Linken aus West und Ost hinzuweisen. „Ein großer Teil westdeutscher Parteimitglieder“, so der Sozialwissenschaftler, habe eine christliche Sozialisation mit teilweise „sehr konservativen und repressiven Erlebnissen“ durchlaufen. Darum sei es verständlich, dass man auf Abgrenzung und strikte Trennung setzte. Im Gegensatz dazu stünden jedoch die Prägungen vieler Ostdeutscher. „Hier kommen die Parteimitglieder sowieso schon aus einer atheistischen Umgebung und haben aufgrund ihrer Lebenserfahrung meist ein entspanntes Verhältnis zur Religion.“ Für die Linkspartei, so der Philosoph *Helge Meves*, gehe es darum, auch das befreiende politische Potential in Christentum und Islam neu zu entdecken. Er plädierte dafür, den Körperschaftsstatus in gleicher Weise auf

„alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ auszudehnen.

Viele Standpunkte, die beim Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgetragen wurden, wären auch in katholischen oder evangelischen Akademien problemlos nachvollziehbar gewesen – so insbesondere die mit Beifall bedachten Ausführungen von *Heiner Bielefeldt*, langjähriger Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, der über „Religionsfreiheit und Menschenrechte“ referierte. „Jeder Versuch, die Menschenwürde von Staats wegen auf ein bestimmtes Menschenbild hin zu konkretisieren, egal ob sozialistisch oder christlich, und dies dann verbindlich festschreiben zu wollen, wird zu Recht als Diskriminierung Andersdenkender aufgefasst und gefährdet den Rechtskonsens, statt ihn zu stützen.“ Genau diese Notwendigkeit, sich zu Sachfragen wie dem „fairen Gleichgewicht zwischen den Kirchen sowie anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ eine Meinung zu bilden, so die Bundestagsabgeordnete *Christine Buchholz*, habe ihre Partei dazu bewogen, eine religionspolitische Kommission ins Leben zu rufen.

Bei so viel „Realpolitik“ wunderte es nicht, dass sich im Publikum auch Unmut regte. Man habe doch gelernt, so ein Zwischenrufer, dass das Christentum die blutigste Religion der Weltgeschichte sei. Darum wolle er sich bei so einer Veranstaltung nicht „christianisieren“ lassen. Außerdem gelte doch weiter das, was jeder Schüler in der DDR schon früh gelernt habe: „Hauptgegner der wissenschaftlichen Weltanschauung ist die Religion.“

„Für Deutschland ist die Kritik der Religion im Wesentlichen beendet, und die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.“, hatte der junge *Karl Marx* in der „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ (MEW 1, 378) geschrieben. Nach „Feuerbach“ erschien dem Theoretiker des Sozialismus, dessen 200. Geburtstag in diesem Jahr begangen wird, die Aufgabe der Religionskritik im Wesentlichen bewältigt. Die Linke hat sich auf den schwierigen Weg gemacht, die bestehenden Verhältnisse religionspolitisch neu zu bewerten und einzuordnen. Es bleibt spannend. ■